

Schützen geben Hunderte Waffen ab

Kantonspolizei Die diesjährige Aktion zur freiwilligen Waffenabgabe wurde wieder stärker genutzt als in den Vorjahren. Grund für den Umschwung dürfte auch das neue Waffengesetz sein.

Jonas Keller

Der Strom an Waffenbesitzern bricht kaum mehr ab an diesem Samstagvormittag. Zeitweise bildet sich eine Schlange auf dem Verkehrsstützpunkt der Kantonspolizei beim Zentrum Rosenberg. Ein Mann mit drei über die Schulter gehängten Karabinern wartet da geduldig, bis er drankommt. Dahinter einer mit einem Säbel und einem Bajonett in der Hand, gefolgt von einem älteren Mann, der sich müde auf sein Sturmgewehr stützt.

Die jährliche Waffenabgabeaktion der Kantonspolizei ist zu diesem Zeitpunkt schon ein paar Stunden alt, die Holzkisten im Innern der Halle haben sich bereits mit Dutzenden Gewehren und Pistolen gefüllt, dazu ein wachsender Berg aus Munition. Am Schluss werden es 48 Sturmgewehre sein, zwei Kalaschnikows, 214 weitere Schusswaffen, 135 Kilogramm Munition, 90 Hieb- und Stichwaffen sowie eine Armbrust. Man könnte einen kleinen Krieg führen mit dem, was da zusammengekommen ist, oder doch zumindest einen Actionfilm ausstaffieren.

Waffen werden vernichtet

Um Requisiten handelt es sich dabei allerdings nicht, die Gewehre sind durchaus noch zu gebrauchen – und können potenziell Schaden anrichten. Nach der Abgabe werden die Waffen deshalb vernichtet – einzig solche mit historischem Wert werden verschont. «Wir sind froh um jede Waffe, die aus dem Umlauf ist», erklärt Marcel Suter, Leiter der Sicherheitspolizei-Spezialabteilung. Studien zeigen denn auch, dass die Zahl der Morde und Suizide tiefer ist, wo Waffen weniger leicht zur Hand sind.

Die Gründe derjenigen, die hier ihre Waffen abgeben, sind vielfältig. «Es macht keinen Sinn, sie aufzubewahren», erklärt ein Mann, der anonym bleiben möchte, den Verzicht auf seine



Jede Waffe wird genau geprüft und erfasst, die Eigentümer müssen eine Verzichtserklärung unterschreiben. Foto: Enzo Lopardo

alten Gewehre und fügt an: «So kommen sie sicher nicht in die falschen Hände.» Meta Fehr hingegen hat andere Beweggründe. Sie habe selber lange geschossen – «für mich ist die Waffe keine Gefahr». Sie sei nur hier wegen des neuen Waffengesetzes, das diesen August mit gut 64 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden ist. Neu müssen halbautomatische Waffen registriert wer-

den. Einigen, wie Fehr, ist der Aufwand dafür zu gross. «Es tut mir aber schon sehr leid – es sind halt doch schöne Erinnerungen damit verbunden.»

Polizeisprecher Stefan Oberlin sieht denn auch das neue Gesetz als Grund für den grossen Andrang. Seit August seien erst etwa 80 Registrierungen eingegangen. Viele würden sich wohl einen Verzicht überlegen. So

könnte zu erklären sein, dass bei der diesjährigen Aktion die Zahl der zurückgegebenen Waffen nun wieder gestiegen ist. Ansonsten war sie seit der Einführung 2008 konstant gesunken, 2018 wurden nur 67 Schusswaffen eingesammelt. Das liegt allerdings nicht daran, dass insgesamt weniger abgegeben werde, präzisiert Oberlin, sondern daran, dass die Leute dafür häufiger

auf den Polizeiposten gehen. 2013, als diese Möglichkeit im Kanton Zürich flächendeckend eingeführt wurde, lag die Zahl der so abgegebenen Waffen bei gut 700, 2018 waren es schon mehr als 1300. Trotzdem möchte man nicht auf die jährlichen Aktionen verzichten. «Man kann damit immer noch ein Zeichen setzen und aufmerksam machen», ist sich Oberlin sicher.

Junger Afghane ist nicht mehr in Ausschaffungshaft

Asyl Der Afghane S., der in Winterthur zur Schule geht, wurde vorübergehend aus dem Gefängnis entlassen.

Der 24-jährige Afghane S., der seit bald vier Jahren in der Schweiz lebt und in seine Heimat ausgeschafft werden sollte, ist aus dem Ausschaffungsgefängnis entlassen worden und in die Notunterkunft Glattdamm zurückgekehrt. Diese Zeitung hatte das Schicksal von S. am 26. Oktober in einer Reportage dokumentiert. Er hatte zu jenem Zeitpunkt Angst vor einem zweiten Versuch der Behörden, ihn auszuschaffen, denn er hat zwei negative Asylentscheide.

Am Wochenende wurde bekannt, dass S. das Gefängnis verlassen konnte, nach wie vor gelten aber diese Asylentscheide. Der Winterthurer Markus Egli, der als Deutschlehrer für Solinetz arbeitet und sich für seinen Schüler S. eingesetzt hat, sagt: «Wir müssen davon ausgehen, dass es sich um eine vorübergehende Freilassung handelt, er könnte jederzeit wieder verhaftet und ins Ausschaffungsgefängnis zurückgeführt werden.»

Ausschaffungen unhaltbar

Markus Egli ist im Besitz eines Protokolls, das den ersten Versuch dokumentiert, S. auszuschaffen. Er sagt, er sei «schockiert von den Mitteln, die angewendet wurden». Der Lehrer hat sich bei Regierungsmitgliedern und beim Staatssekretariat für Migration für das Verbleiben von S. eingesetzt, weil er überzeugt ist, dass Ausschaffungen nach Afghanistan unzumutbar sind. Auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe kritisiert diese Ausschaffungen: «Die Sicherheitslage verschlechtert sich im ganzen Land», hält die Flüchtlingshilfe fest, und die Ausschaffungspraxis sei «angesichts der Realität vor Ort unhaltbar».

Für Markus Egli steht noch ein ganz anderer Aspekt im Vordergrund: «Leute wie S. haben nichts Unrechtes getan, ausser dass sie aus einem Kriegsgebiet in die vermeintlich sichere Schweiz geflüchtet sind.» (mgm)

Über den Tellerrand

Was Piraten auf Sex-Seiten suchen

Die Winterthurer Marktgasse war der «Neuen Zürcher Zeitung» fast eine ganze Doppelseite wert. Das Einkaufsparadies sei gefährdet, die Ladenreihe habe immer wieder unschöne Lücken. Zu diesem Wandel befragt wurde auch Urs Schoch, Präsident der Untertorvereinigung. Schoch benennt im Artikel die bekannten Faktoren wie Einkaufstourismus und Onlinehandel, sagt aber auch, dazu kämen Probleme, die Winterthur sich selbst eingehandelt habe. Die grössten Arbeitgeber der Stadt, die Stadtverwaltung und die Axa, seien in den Superblock im Sulzer-Areal umgezogen und würden nun die subventionierte Kantine nutzen. Remo Cozzio, Präsident der Jungen Altstadt, sieht dies ähnlich. Die Schüler und Studentinnen, die mittags Leben in die Gassen brächten, hätten halt nicht dasselbe Budget wie «die gut

bezahlten Stadt- und Versicherungsangestellten».

Was die Stadtangestellten tun, hat dafür zumindest teilweise eine Ausstrahlung weit über Winterthur hinaus. Eine SP-Landrätin aus dem Kanton Baselland hörte offenbar vom Projekt «Falllast-Reduktion» bei der Sozialberatung der Stadt Winterthur und will nun laut der «Basler Zeitung» auch in ihrem Kanton anregen, die Zahl der Fälle pro 100-Prozent-Stelle zu reduzieren. In Winterthur sei ein Sparpotenzial von gut vier Millionen Franken jährlich ausgemacht worden, das sei doch sicher auch im Interesse des Kantons Baselland, findet sie. Inwieweit das Potenzial in Winterthur ausgeschöpft werden kann, ist freilich noch unklar.

Dass Möglichkeit und Realität manchmal weit auseinanderklaffen, musste auch der Schweizer Fussballverband erkennen. Er hatte für das EM-Qualifikationsspiel des U-21-Nationalteams Mitte Oktober die Schützenwiese in Winterthur als Spielort ausgewählt, wegen der Platzkapazität von 9400. Wie der «Tages-Anzeiger» berichtete, wünschte man sich beim Schweizer Fussballverband möglichst viel Unterstützung von den Rängen. «Wir wollen das Stadion füllen», sagte Nationaltrainer Mauro Lustrinelli. Doch daraus wurde nichts. Weil es sich um ein offizielles Pflichtspiel der Uefa handelt, müssen die Stadien gemäss Reglement Anforderungen der Kategorie 2 erfüllen. Das bedeutet: Erlaubt sind nur Sitzplätze, Stehplätze müssen geschlossen bleiben und Sitzbänke sind nicht zulässig. Die Schützenwiese bietet aber nur 1155 Sitzplätze auf der überdachten Haupttribüne.

Und eine Sonderbewilligung für Stehplätze wurde von der Uefa abgelehnt. Deshalb wurde nichts aus dem grossen Auf Lauf. Letztlich verfolgten nur etwa 650 Zuschauer das Spiel.

Ein Trost mag sein, dass das Onlineportal «Watson» in einem Text über Europas Fankurven Winterthur explizit erwähnte. Zwar habe Winterthur wie alle Challenge-League-Clubs nicht so viele Zuschauer, auch weniger als Absteiger GC. Trotzdem sei die Atmosphäre besser: «Weil das Stadion kleiner ist, sieht es schneller gut gefüllt aus», bilanziert Watson.

Kleiner geworden ist nach den National- und Ständeratswahlen die Winterthurer Delegation in Bern. Nur noch zwei Winterthurer Vertreter sitzen im Nationalrat, viele blieben erfolglos. Darunter auch der Winterthurer

Pirat David Herzog. Dies trotz aussergewöhnlicher Wahlwerbung. Wie «Watson» zu berichten wusste, hatte er auf diversen Sexstreaming-Seiten geworben. (Sein Slogan: Wähl' nen Wischer!) Darauf angesprochen sagte Herzog: «Wir gehen dorthin, wo andere Parteien sich nicht trauen. Pornos gehören zu einer aufgeklärten Gesellschaft einfach dazu.» Ob die Werbung Stimmen brachte? Herzog konnte den ersten Listenplatz bei den Piraten zwar halten und erzielte etwa 5900 Stimmen – von einer Wahl blieb er aber weit entfernt. Vielleicht muss er sich nächstes Mal ein grösseres Wahlbudget besorgen. Denn laut Herzog hat er für die Werbeaktion nur gerade 200 Franken aufgeworfen. (mif)

In der Rubrik «Über den Tellerrand» greifen wir in unregelmässigen Abständen auf, was andere Medien über Winterthur berichten.

Nachrichten

Mann niedergestochen am Sonntagmorgen

Gewalt Bei einer tätlichen Auseinandersetzung ist am Sonntagmorgen an der Einfangstrasse in Winterthur eine Person mit einem Messer schwer verletzt worden. Die Meldung ging gegen 7.40 Uhr bei der Stadtpolizei Winterthur ein. Die ausgerückten Polizisten fanden einen an seinen Extremitäten stark blutenden Mann vor. Er wurde ins Spital gebracht. Der mutmassliche Täter, ein 28-jähriger Brasilianer, wurde verhaftet. (red)

Mutmasslicher Kokaindealer verhaftet

Fund Bei einer Hausdurchsuchung konnte die Polizei über 50 Gramm Kokain sicherstellen. Ermittlungen führten zu einem 38-jährigen Nigerianer, der verdächtigt wird, mit Kokain zu handeln. Bei der Verhaftung verhielt sich der Mann renitent und flüchtete, nach einer kurzen Verfolgung zu Fuss konnte er von der Polizei gefasst werden. (mgm)